

■ Besorgnis und Verunsicherung

Die Mehrheit der Briten hat sich für den Austritt aus der EU entschieden. Noch ist unklar, welche Folgen der Brexit für Hochschulen, Wissenschaftler und Studierende haben wird.



Foto: Sashkin

Die Nachricht glich einem Paukenschlag: 51,9 Prozent der Briten stimmten beim Brexit-Referendum für den Ausstieg aus der EU. Der DAX reagierte mit dem größten Absturz seit 2008, Premierminister David Cameron erklärte direkt seinen Rücktritt. Inzwischen ist mit Theresa May eine neue Premierministerin im Amt, die in ihrem Kabinett einige personelle Veränderungen vorgenommen hat. Davon verschont blieb allerdings der bisherige Wissenschaftsminister Jo Johnson – Bruder von Boris Johnson, der die Brexit-Kampagne geleitet hat.

Dennoch wird der Austritt aus der EU nicht nur politisch und wirtschaftlich weitreichende Konsequenzen haben, sondern auch für Universitäten und Wissenschaft. Großbritannien ist nach Deutschland der zweitgrößte Empfänger von Geldern aus der EU-Forschungsförderung. Fast neun Milliarden Euro hat Großbritannien zwischen 2006 und 2015 erhalten, gleichzeitig aber nur rund 5,4 Milliarden Euro eingezahlt. Zudem haben britische Forscher bei den ERC-Grants am besten abgeschnitten. Zwischen 2007 und 2015 erhielten sie 636 Grants, erst mit einigem Abstand folgen fast gleichauf deutsche und französische Wissenschaftler mit 441 und 440 Grants.

Alleine rund 18 000 Deutsche studieren an britischen Universi-

täten – mehr als 4000 davon im Rahmen des Erasmus-Austauschprogramms. Ob Großbritannien weiterhin vom Erasmus-Programm profitieren wird, ist fraglich. Denn erst 2014 schloss die Europäische Kommission die Schweiz von Erasmus aus, weil das Land nach einer Volksinitiative gegen Masseneinwanderung ein Protokoll zur Erweiterung der so genannten Personenfreizügigkeit mit der EU nicht unterschreiben konnte. Margret Wintermantel, Präsidentin des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, ist überzeugt, dass der Brexit die Kooperationen zwischen britischen und europäischen Universitäten erschwere. „Für die Hochschulen, für die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und für die Studierenden war das keine gute Entscheidung“, bedauert sie. Denn vermutlich werden die Studiengebühren für Studierende aus der EU enorm steigen, da sie künftig nicht mehr die vergünstigten „Home Fees“ von rund 10 000 Euro im Jahr zahlen müssen, sondern die regulären Studiengebühren, die zwischen 15 000 und 30 000 Euro jährlich betragen.

Schwierig werden könnte es auch für Großprojekte wie den Joint European Torus (JET), der am Culham Centre for Fusion Energy in Oxfordshire angesiedelt ist und wichtige Erkenntnisse für ITER liefern soll. Der Vertrag für den Betrieb der Anlage – ein Flagg-

schiff-Projekt von EUROfusion – läuft 2018 aus. Daher gilt es nun, Großbritanniens Mitgliedschaft bei EURATOM und damit auch seine Beteiligung bei ITER neu zu verhandeln.

Die DPG bedauert, dass sich die britischen Wähler dazu entschieden haben, die Europäische Union zu verlassen, und zwar zu einem Zeitpunkt, zu dem grenzüberschreitende wissenschaftliche Zusammenarbeit mehr gebraucht wird denn je. Die EU verliere hier einen wertvollen Partner. Aber die DPG arbeitet intensiv auf allen Ebenen daran, ihre guten Beziehungen zur britischen Forschungslandschaft weiter zu stärken und zu fördern.

Die Präsidenten von Rektorenkonferenzen aus 24 europäischen Staaten haben sich inzwischen ebenfalls für eine weitere Zusammenarbeit mit britischen Hochschulen ausgesprochen und auf die große Bedeutung dieser Kooperation für die Entwicklung der Hochschulen in ganz Europa verwiesen. Horst Hippler, Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, bezeichnete den Brexit als „schmerzhaftes Zäsur“ und appellierte an die politisch Verantwortlichen „trotz der anti-europäischen Entscheidung zu tragfähigen Vereinbarungen zu kommen, um den Schaden für den europäischen Hochschulraum so gering wie möglich zu halten.“

Auch wenn noch ungewiss ist, wie die Verträge zwischen EU und Großbritannien sowie die künftige Einbeziehung des Vereinigten Königreichs in europäische Förder- und Austauschprogramme aussehen werden, blickt DPG-Präsident Rolf Heuer optimistisch in die Zukunft: „Wir sind überzeugt, dass sich die britischen Forscherinnen und Forscher weiterhin rege in der europäischen Forschungslandschaft engagieren werden – zum Wohle des Vereinigten Königreichs und zum Wohle Europas. Wissenschaft muss helfen, Grenzen zu überwinden.“

Maike Pfalz